



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller AfD**
vom 01.02.2024

Markteintritt chinesischer Fahrzeughersteller in Deutschland und Europa

Chinesische Fahrzeughersteller drängen vor allem im Bereich Elektromobilität zunehmend in den europäischen Markt. Die Fahrzeugpreise liegen dabei teilweise erheblich unter denen europäischer Anbieter, was Medienberichten zufolge mit einer starken Subventionierung der chinesischen Industrie durch die Regierung zusammenhängt.¹ Der großflächige Import subventionierter Fahrzeuge wirft Fragen zu den voraussichtlichen Auswirkungen auf die heimische Automobilindustrie, v. a. in Bayern, auf.

Die Staatsregierung wird gefragt:

1. Welche chinesischen Fahrzeughersteller bereiten nach Kenntnis der Staatsregierung konkret ihren Eintritt in den deutschen Markt vor? 2
 2. Steht die Staatsregierung hinsichtlich der Auswirkungen des chinesischen Markteintritts im Austausch mit der bayerischen Automobilindustrie? 2
 3. Sieht die Staatsregierung infolge starker Subventionierung eine Marktverzerrung zugunsten chinesischer Hersteller? 2
 4. Plant die Staatsregierung Maßnahmen zur Unterstützung der heimischen Fahrzeugindustrie gegenüber subventionierter Konkurrenz aus China? 2
 5. Welche wirtschaftspolitischen Abwehrmechanismen gegen die o. g. Marktverzerrung werden nach Kenntnis der Staatsregierung auf EU- und Bundesebene vorbereitet? 2
 6. Welche Perspektiven für chinesische Hersteller hinsichtlich Absatz, Umsatz etc. erwartet die Staatsregierung im deutschen E-Fahrzeug-Segment? 3
 7. Welche Perspektiven für chinesische Hersteller hinsichtlich Absatz, Umsatz etc. erwartet die Staatsregierung im deutschen Verbrenner-Segment? 3
- Hinweise des Landtagsamts 4

1 <https://www.ovb-heimatzeitungen.de/blickpunkt/2024/01/28/elektroautos-china-ueberrollt-die-welt.ovb>

Antwort

des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
vom 27.02.2024

1. Welche chinesischen Fahrzeughersteller bereiten nach Kenntnis der Staatsregierung konkret ihren Eintritt in den deutschen Markt vor?

Der Staatsregierung liegen über die in der öffentlichen Berichterstattung verfügbaren hinaus keine Informationen darüber vor, welche chinesischen Fahrzeughersteller konkret ihren Eintritt in den deutschen Markt vorbereiten.

2. Steht die Staatsregierung hinsichtlich der Auswirkungen des chinesischen Markteintritts im Austausch mit der bayerischen Automobilindustrie?

Die Staatsregierung steht kontinuierlich im Austausch mit der bayerischen Automobilindustrie. Dabei werden viele branchenrelevante Themen, unter anderem auch die Auswirkungen des Markteintrittes chinesischer Automobilhersteller, adressiert.

3. Sieht die Staatsregierung infolge starker Subventionierung eine Marktverzerrung zugunsten chinesischer Hersteller?

Ob eine unzulässige Marktverzerrung infolge starker Subventionierung chinesischer Automobilhersteller vorliegt, wird im Rahmen der durch die EU eingeleiteten Anti-Dumping-Untersuchung (vgl. Frage 5) festgestellt.

4. Plant die Staatsregierung Maßnahmen zur Unterstützung der heimischen Fahrzeugindustrie gegenüber subventionierter Konkurrenz aus China?

Die Staatsregierung unterstützt die bayerische Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeugteileindustrie kontinuierlich mit verschiedenen Maßnahmen, insbesondere bei der Bewältigung der Herausforderungen der digitalen und nachhaltigen Transformation. Diese Maßnahmen stärken die bayerische Automobilindustrie im internationalen Wettbewerb.

5. Welche wirtschaftspolitischen Abwehrmechanismen gegen die o. g. Marktverzerrung werden nach Kenntnis der Staatsregierung auf EU- und Bundesebene vorbereitet?

Die Zuständigkeit für handelspolitische Schutzmaßnahmen (Anti-Dumping- und Anti-Subventionsmaßnahmen) liegt bei der EU.

Dazu liegen folgende Informationen vor:

Am 4. Oktober 2023 leitete die EU-Kommission von Amts wegen eine offizielle Anti-Subventionsuntersuchung zu E-Autos aus China ein. Die am selben Tag veröffentlichte Bekanntmachung der EU-Kommission fasst die Vorwürfe zusammen und erläutert das Verfahren. Die Untersuchung wird innerhalb von höchstens 13 Monaten nach ihrer Einleitung abgeschlossen sein. Wenn es rechtlich gerechtfertigt ist, können bis zu neun Monate nach der Einleitung vorläufige Anti-Subventionszölle eingeführt werden. End-

gültige Maßnahmen können bis zu vier Monate später oder innerhalb von 13 Monaten nach der Einleitung der Untersuchung eingeführt werden.

Die Kommission hat diese Untersuchung auf eigene Initiative eingeleitet (ex officio), nachdem sie genügend Beweise dafür gesammelt hat, dass die jüngste Welle von subventionierten Billigimporten von Elektrofahrzeugen aus China in die EU eine wirtschaftliche Bedrohung für den Elektrofahrzeugsektor in der EU darstellt.

Obwohl keine formelle Beschwerde der EU-Industrie eingegangen ist, sehen die EU-Anti-Subventionsvorschriften vor, dass sie aufgefordert wird, bei der Untersuchung mitzuarbeiten. Gemäß den rechtlichen Anforderungen der Regeln der EU und der World Trade Organization (WTO) fanden vor der Veröffentlichung der offiziellen Bekanntmachung Konsultationen mit der chinesischen Regierung statt.

Auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse wird die Kommission feststellen, ob es im Interesse der EU liegt, die Auswirkungen möglicher festgestellter unlauterer Handelspraktiken durch Anti-Subventionszölle auf die Einfuhren von batteriebetriebenen Elektrofahrzeugen aus China zu beseitigen. Die Untersuchung wird nach strengen rechtlichen Verfahren im Einklang mit den EU- und WTO-Regeln durchgeführt. Alle betroffenen Parteien, einschließlich der chinesischen Regierung und der Unternehmen/Exporteure, können ihre Kommentare, Beweise und Argumente vorlegen. Weitere Details sind der Pressemeldung der EU-Kommission vom 4. Oktober 2023 zu entnehmen: https://germany.representation.ec.europa.eu/news/elektroautos-aus-china-kommission-leitet-offizielle-antisubventionsuntersuchung-ein-2023-10-04_de

- 6. Welche Perspektiven für chinesische Hersteller hinsichtlich Absatz, Umsatz etc. erwartet die Staatsregierung im deutschen E-Fahrzeug-Segment?**

- 7. Welche Perspektiven für chinesische Hersteller hinsichtlich Absatz, Umsatz etc. erwartet die Staatsregierung im deutschen Verbrenner-Segment?**

Die Fragen 6 und 7 werden gemeinsam beantwortet.

Der Staatsregierung liegen dazu keine Informationen vor.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fussnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.